

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Celle

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.09.2025
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:07 Uhr
Raum, Ort:	Alte Exerzierhalle, Am Französischen Garten 1, 29221 Celle

Anwesend

Vorsitz

Joachim Falkenhagen

Mitglieder

Dr. Jörg Nigge

Karin Abenhausen

Dr. Michael Bischoff ab TOP 4

Ralf Blidon

Patrick Brammer

Christian Danner ab TOP 19

Klaus Didschies

Joachim Ehlers ab TOP 4

Christoph Engelen

Björn Espe

Iris Fiß

Uta Flick

Axel Fuchs

Kathrin Fündeling

Matthias Gobrecht

Anneke Hagedorn

Ulrike Holz

Dr. med. Udo Hörstmann

Katja Hufschmidt-Bergmann

Dr. Walter Jochim

Antoinette Kämpfert

Salhattin Kizilyel

Gerda Kohnert

Carsten Lopusch

Stephan Ohl
Johannes Opitz
Jürgen Rentsch
Dr. Jörg Rodenwaldt
Marianne Schiano
Torsten Schoeps
Juliane Schrader
Susi Schult
Achim Stammwitz
Rainer Taubenheim
Uwe Theilmann
Johanna Thomsen
Anatoli Trenkenschu
Behiye Uca
Rezan Uca
Susanne Völkers
Alexander Wille
Bernd Zobel

Verwaltung

Nicole Mrotzek
Elena Kuhls
Sebastian Stottmeier
Kerstin Klein
Katharina Martin
Sabine Tornow
Myriam Meißner
Lukas Nott
Michael Frede
Lena Dominke

Protokollführung

Zuhörer/innen: 14

Presse: 3

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 4 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung
- 4.1 Einwohnerfragestunde der öffentlichen Ratssitzung am 16.09.2025 - eingegangene Fragen MV/0218/25
- 5 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2025
- 6 Änderungen bei der Gruppe "Die Linke/Zukunft Celle" BV/0225/25
- 7 Änderung bei der Berufung von Vertreterinnen und Vertretern in wirtschaftlichen Unternehmen BV/0211/25
- 8 Berufung von beratenden Mitgliedern (inkl. Vertretung) für den Sportausschuss BV/0209/25
- 9 Einbringung des Doppelhaushaltes 2026/2027 - Vortrag der Verwaltung
- 10 Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle BV/0196/25
- 11 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Celle über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 28.09.1983 in der Fassung der Änderungssatzung vom 04.12.2024 mit Wirkung ab dem 01.01.2026 BV/0183/25
- 12 Offene Anträge der Ratsfraktionen zur Congress Union Celle AN/0211/23-001

13	113. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle "Sonderbaufläche Photovoltaik Scheuen-östlich Hermannsburger Weg" - Feststellungsbeschluss	BV/0179/25
14	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 Sch "Solarpark Scheuen-östlich Hermannsburger Weg" - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)	BV/0180/25
15	121. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle "Sonderbaufläche Tsellis" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	BV/0170/25
16	Bebauungsplan Nr. 185 Ace der Stadt Celle "Sondergebiet Tsellis" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	BV/0169/25
17	115. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Celle „Sonderbaufläche Hannoversche Heerstraße Süd“ – Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m § 1 Abs.8 BauGB	BV/0190/25
18	Bebauungsplan Nr. 182 der Stadt Celle "Sonderverkehrsfläche an der 77er Straße" - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)	BV/0060/25
19	Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Celle Nr. 38 "Gelände der ehemaligen Jugendherberge in Klein Hehlen" im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB	BV/0107/25
20	3. Änderung Bebauungsplan Nr. 78 "Wiesenstraße" der Stadt Celle - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)	BV/0164/25
21	Bebauungsplan Nr. 32 Wce 5. Änderung der Stadt Celle "Gewerbegebiet Am Fuhsekanal" - Beschluss zur Einleitung des ergänzenden Verfahrens gemäß § 214 (4) Baugesetzbuch (BauGB)	BV/0186/25
22	Mitteilungen der Verwaltung	
22.1	Halbjahresbericht Schuldenmanagement zum 30.06.2025	MV/0187/25

22.2	Halbjahresbericht Forderungsmanagement zum 30.06.2025	MV/0188/25
22.3	Halbjahresbericht Finanzen zum 30.06.2025	MV/0191/25
22.4	Bericht des Nds. Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Celle "Der demografische Wandel als Herausforderung für die kommunale Wohnungswirtschaft"	MV/0216/25
23	Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Rates	
23.1	Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Fraktion WG/ Die Partei "Anfragen zum Kriminalitätsschwerpunkt Heeseplatz"	AN/0227/25-001
24	Einbringung von Anfragen und Anträgen	
24.1	Antrag der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Übertragung des Managements der städtischen Immobilien und der in städtischer Nutzung befindlichen Immobilien an die allerland Immobilien GmbH"	AN/0160/25
24.2	Antrag der SPD-Fraktion "Rückkauf des ehemaligen CJD-Geländes in Westercelle"	AN/0162/25
24.3	Antrag der SPD-Fraktion "Evaluation der Sportförderungsrichtlinien vom 01.01.2020"	AN/0163/25
24.4	Antrag der Gruppe Zukunft Celle "Vielfalt, Offenheit, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung in Celle - symbolische Darstellung durch Regenbögen auf Wegen, Plätzen und/oder Straßen"	AN/0198/25
24.5	Antrag der SPD-Fraktion "Übernahme weiterer Themen in die Neuaufstellung / Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Celle"	AN/0199/25
24.6	Antrag der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Umzug des Sportvereins SV Dicke Celle vom bisherigen Standort 77er Str. (Herrenwiese) zu den Flächen der Sportanlagen an der Nienburger Straße "	AN/0200/25
24.7	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Autofreier Samstag auf dem Großen Plan - probeweise Einführung"	AN/0203/25

- | | | |
|-------|--|------------|
| 24.8 | Antrag der AfD-Fraktion "Anfrage zum Umbau der Kreuzung Wilhelm-Heinichen-Ring / Hannoversche Heerstraße" | AN/0219/25 |
| 24.9 | Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Einführung einer regelmäßigen Abholung von Altkleidern durch den Abfallzweckverband" | AN/0220/25 |
| 24.10 | Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt und der SPD-Fraktion "Einführung einer Kulturförderabgabe in Höhe von 4 Euro pro Person/Nacht ab 18 Jahren, 2 Euro für Jugendherbergen und Campingplätze zum 01.04.2026" | AN/0221/25 |
| 24.11 | Antrag der Gruppe Zukunft Celle "Resolution des Rates der Stadt Celle für eine umfassende Würdigung des Arztes und Aufklärers Johann Friedrich Struensee (1737 bis 1772) im öffentlichen Raum der Stadt Celle" | AN/0222/25 |
| 24.12 | Antrag der Gruppe Zukunft Celle "Neuer Standort für das Albrecht-Thaer-Denkmal" | AN/0223/25 |
| 24.13 | Antrag der FDP-Fraktion "Konsequente Digitalisierung der Stadtverwaltung" | AN/0226/25 |
| 24.14 | Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Fraktion WG/ Die Partei "Anfragen zum Kriminalitätsschwerpunkt Heeseplatz" | AN/0227/25 |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Falkenhagen eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Falkenhagen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3 Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils

Die vorstehende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

4 Einwohnerfragestunde nach § 17 der Geschäftsordnung

4.1 Einwohnerfragestunde der öffentlichen Ratssitzung am 16.09.2025 - eingegangene Fragen

MV/0218/25

Fragesteller A (nicht anwesend)

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Fragesteller B (nicht anwesend)

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Fragesteller C (nicht anwesend)

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Fragesteller D (anwesend)

Die Fragen und Antworten zur o. g. Einwohnerfrage sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

5 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.06.2025

Das obengenannte Protokoll wird einstimmig bei einer Enthaltung genehmigt.

6 Änderungen bei der Gruppe "Die Linke/Zukunft Celle" BV/0225/25

Der Rat stellt die im Sachverhalt der o. g. Vorlage dargestellten personellen Veränderungen bei der Gruppe „Die Linke/Zukunft Celle“ durch einstimmigen Beschluss fest.

7 Änderung bei der Berufung von Vertreterinnen und Vertretern in wirtschaftlichen Unternehmen BV/0211/25

Die im Sachverhalt der o. g. Vorlage dargestellten Änderungen in der Besetzung der Vertreterinnen und Vertreter in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der Congress Union werden vom Rat mit einstimmigem Beschluss festgestellt.

8 Berufung von beratenden Mitgliedern (inkl. Vertretung) für den Sportausschuss BV/0209/25

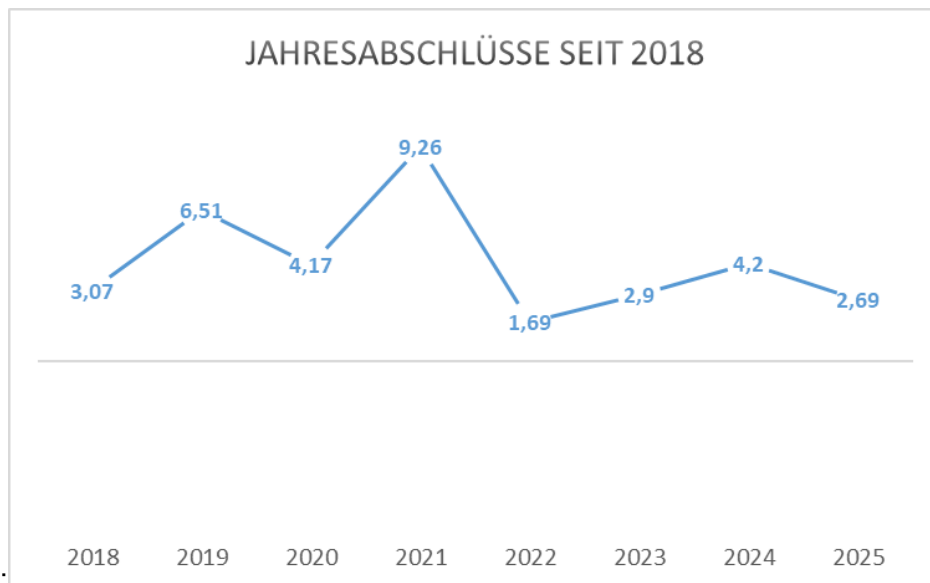
Der Rat beschließt einstimmig, mit sofortiger Wirkung Herrn Gerald Sommer als bisherige Vertretung für das beratende Mitglied ohne Stimmrecht im Sportausschuss Herrn Otto Sohnemann (KSB Celle) abzuberaufen.

Gleichzeitig wird Frau Gaby Baumgart (Inklusionsbeauftragte des KSB Celle) als neue Vertretung für Herrn Sohnemann berufen. Diese Berufung gilt für die restliche Dauer der laufenden Ratsperiode (= 31.10.2026).

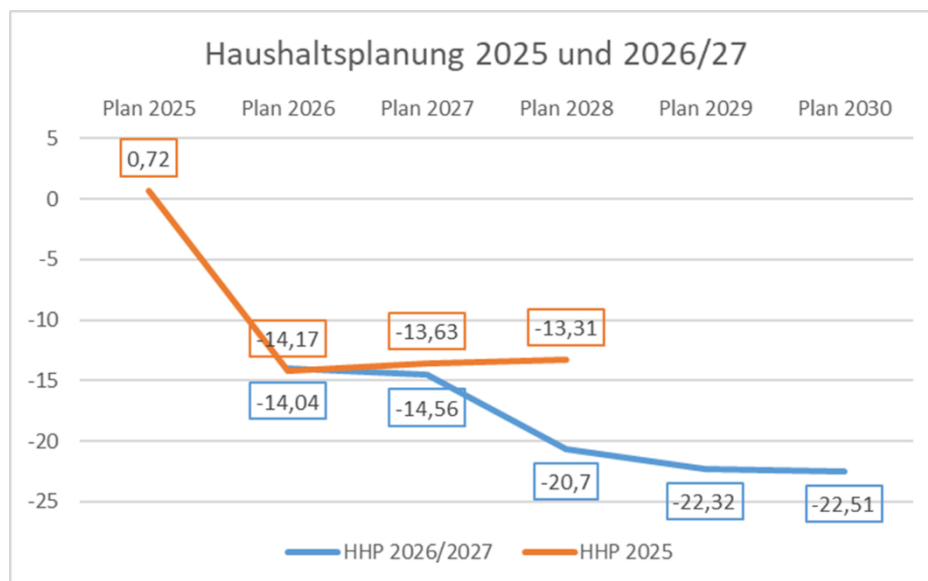
9 Einbringung des Doppelhaushaltes 2026/2027 - Vortrag der Verwaltung

Erste Stadträtin Mrotzek trägt vor, dass die Kommunen in 2024 das größte Defizit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verbucht hätten. Zu den Ursachen zählten insbesondere die Personalausgaben, welche sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt hätten. Auch die Sozialausgaben und die Sachausgaben seien angestiegen, was mit der Inflation sowie mit nicht ausreichende Gegenfinanzierungen sozialer Aufgaben zu begründen sei. Die Stadt Celle versuche sich seit Jahren durch kluge Umstrukturierungen diesem Trend entgegenzuwirken, dabei jedoch trotzdem die Stärken der Stadt zu fördern. Dies sei in den letzten Jahren erfolgreich gelungen.

Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jah-



Seit 2018 erwirtschaftete die Stadt Celle wieder Überschüsse. Das Jahr 2018 habe mit einem Jahresergebnis von 3,1 Mio. Euro abgeschlossen und 2019 sei ein Überschuss von 6,5 Mio. Euro erwirtschaftet worden. Trotz der zunächst negativen Prognose habe das Jahr 2024 ebenfalls mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Unter Verwendung dieses Jahresergebnisses verblieben aus den Vorjahren noch Fehlbeträge i. H. v. rund 58 Mio. Euro. Leider setze sich dieser Trend nicht in das Jahr 2025 fort. Für die Jahre 2026/2027 erwarte die Stadt Celle ein Defizit von jeweils mehr als 14 Mio. Euro.



(Anm.: orange Linie = alte Planung, blaue Linie = neue Planung)

Im Vergleich zu anderen Städten schneide die Stadt Celle aufgrund ihrer langjährigen Konsolidierungsbemühungen dennoch sehr gut ab und lande mit ihrem Ergebnis an der Spitze der niedersächsischen Städte. So plane die Stadt Hildesheim mit einem Defizit von 15,9 Mio. Euro, Lüneburg mit – 49 Mio. Euro, Göttingen mit einem negativen Ergebnis von 49 Mio. Euro, die Stadt Salzgitter mit – 44 Mio. Euro, Oldenburg mit -105 Mio. Euro, Osnabrück mit einem Minus von 118 Mio. Euro und die Stadt Wolfsburg mit einem Defizit von 132 Mio. Euro. Die wirtschaftliche Lage sei in Celle weiterhin erfreulich gut, sodass weiterhin mit guten Steuereinnahmen gerechnet werden könne. Dadurch würden auch die Kreis- und Gewerbesteuerumlage steigen. Aufgrund der schwachen Konjunkturlage stagnierten jedoch insgesamt die Steuereinnahmen. Auch sei mit vergleichsweise niedrigen Finanzausgleichszahlun-

gen des Landes zu planen.

In den Wohn- und Wirtschaftsstandort Celle werde jedoch trotz dieser Entwicklung weiter investiert, u.a. in Grundschulen, Kindertagesstätten und die Infrastruktur. Die Netto-Neuverschuldung liege im Jahr 2026 bei 42,3 Mio. Euro, im Jahr 2027 bei 27,9 Mio. Euro. Da aufgrund der geplanten Investitionen ein signifikanter Schuldenabbau langfristig nicht absehbar sei, appelliere sie an Bund und Land, Abhilfe durch Förderprogramme wie die kommunalen Investitionsprogramme (KIP) zu schaffen. KIP 3 sei dafür bereits ein guter Anfang, jedoch nicht ausreichend. Es bestehe auch die Hoffnung, dass das Sondervermögen des Bundes die Kommunen auf einem möglichst unbürokratischen Weg erreiche. Unabhängig davon sei es notwendig, die dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen durch langfristige Strukturformen zu beheben. Eine Möglichkeit sei es, den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer oder der Einkommenssteuer anzupassen. Dies könne auch den Auswirkungen des Wachstumschancengesetzes entgegenwirken, welches Steuerausfälle von voraussichtlich 3,2 Mio. Euro verursachen werde.

Abschließend dankt die Erste Stadträtin Mrotzek allen Beteiligten, die hier mitgewirkt haben und wünscht den politischen Gremien gute Beratungen. Die Unterlagen stünden demnächst in gewohnter Weise zur Verfügung.

10 Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in der Stadt Celle

BV/0196/25

Beigeordnete Uca teilt mit, ihre Fraktion werde nicht zustimmen. Im zuständigen Ausschuss hätten sie einen Ergänzungsantrag zur Satzung gestellt, der abgelehnt worden sei. Bereits vor vier Jahren habe sie eine bestimmte Wirkung der Satzung kritisiert. Die Bruttokaltmiete pro m² betrage 13,17 €, womit unter anderem Sozialarbeiter finanziert werden würden. Dies liege deutlich über der im SGB II oder Asylbewerberleistungsgesetz festgelegten Obergrenze für die Stadt Celle. Sofern der Landkreis die Kosten übernimmt, stelle dies kein Problem dar. In Arbeit stehenden Geflüchteten bleibe durch die hohe Miete jedoch kaum etwas zum Leben, was ein Hindernis für die gesellschaftliche Teilhabe darstelle. Um dies zu ändern, schlage sie vor, die Kosten für die Geflüchteten bei der Wohngeldobergrenze zu deckeln. Diese Regelung habe auch die Stadt Hannover getroffen.

Beigeordneter Brammer stellt klar, er befasse sich beruflich mit dem Thema. Erwerbstätige Personen könnten einen Antrag auf Halbierung der Gebühren stellen. Dies sei auch in Hannover der Fall.

Ratsherr Engelen stellt richtig, die Finanzierung der Sozialarbeit erfolge nicht über die Mieten und Gebühren. Diese Auskunft habe die Stadtverwaltung im Sozialausschuss gegeben.

Auf Nachfrage der Beigeordneten Uca erklärt Stadtrat Stottmeier, dass die Miete sich aus der Grundgebühr sowie Kosten für die Hausverwaltung zusammensetze. Sozialarbeit werde nicht über die Mieten finanziert.

Auf Bitte des Beigeordneten Ohl wird die Sitzung um 17:27 Uhr unterbrochen.

Um 17:30 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Beigeordneter Ohl bittet um Auskunft, ob die von Beigeordneten Brammer genannte Möglichkeit der Kostenhalbierung tatsächlich auch in Celle vorgesehen ist. Stadtrat Stottmeier verneint dies und erklärt, in Hannover sei die Deckelung der Kosten nicht für angemietete Unterkünfte, sondern ausschließlich für Sammelunterkünfte vorgesehen. In Celle gebe es ausschließlich angemietete Unterkünfte. Insofern bestehe keinerlei Vergleichbarkeit.

Danach beschließt der Rat mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen die Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Obdachlosenunterkünfte in

der Stadt Celle in der vorgelegten Fassung.

11 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Celle über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 28.09.1983 in der Fassung der Änderungssatzung vom 04.12.2024 mit Wirkung ab dem 01.01.2026

BV/0183/25

Der Rat beschließt einstimmig die der o. g. Vorlage als Anlage 1 beigefügte Änderung der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung der Stadt Celle.

12 Offene Anträge der Ratsfraktionen zur Congress Union Celle

AN/0211/23-001

Ratsherr Dr. Hörstmann erklärt, die Unabhängigen setzten sich seit Jahren für die Congress Union (CUC) ein. Eine Machbarkeitsanalyse der Hochschule Hannover habe - bei entsprechender Sanierung - gute Chancen für die CUC prognostiziert. Aus Sicht der Unabhängigen sei eine zeitnahe Erstellung einer Prioritätenliste zum Renovierungsbedarf sinnvoll. Ein Wechsel in der Geschäftsführung habe mit der Bausubstanz nichts zu tun. Das von der Verwaltung für in drei Jahren in Aussicht gestellte Sanierungskonzept werde dazu führen, dass sich erst in etwa fünf Jahren etwas tun werde. Kleinere Mängel würden sich daher ausweiten und noch höhere Kosten verursachen. Gegebenenfalls komme die Verwaltung dann zu dem Schluss, eine Sanierung sei unwirtschaftlich und die CUC werde abgerissen. Die Unabhängigen hielten daher ihre Anfrage zum Sanierungskonzept weiterhin aufrecht und stellen einen Antrag auf Einzelabstimmung der Anträge und Anfragen.

Ratsherr Trenkenschu moniert, die Beantwortung der Anfragen habe zwei Jahre gedauert. Es bestehe dringender Sanierungsbedarf, jedoch liege keine konkrete Maßnahmenliste vor. Laut eines vor ca. zwei Jahren veröffentlichten Presseberichts liege der Instandhaltungsbedarf bei rund 30 Millionen Euro. Auf Basis dieser Informationen sei die SPD-Fraktion sogar bereit gewesen, die CUC zugunsten des Wohnungsbaus abreißen zu lassen. Er appelliere an alle, mit solchen Zahlen vorsichtig umzugehen. Entscheidungen müssten auf der Basis von Fakten getroffen werden, diese lägen hier nicht vor. Er widerspreche Herrn Dr. Hörstmann. Sollten die genannten Maßnahmenlisten tatsächlich so dringend sein, ließe sich die CUC gar nicht mehr führen.

Ratsherr Rentsch teilt mit, die SPD habe zwei Anträge zur CUC gestellt, welche von der Verwaltung mit Hinweis auf die neue Geschäftsform sowie den neuen Geschäftsführer erschlagen worden seien. Seine Fraktion wolle die Entwicklung der CUC in den nächsten Jahren beobachten und dann ggf. zu passender Zeit neue Anträge stellen. Sie werden der Beschlussvorlage daher zustimmen.

Ratsfrau Kohnert erklärt, die Situation mit der CUC habe sie sehr bewegt. Es gebe einen neuen Geschäftsführer, vor kurzem sei die Umwandlung in die Congress Union Celle GmbH erfolgt und der Europa-Saal werde nun wiedereröffnet. Die Verwaltung sei mit der CUC auf dem richtigen Weg. Sie freue sich sehr über die aktuellen Entwicklungen.

Ratsherr Schoeps teilt mit, seine Fraktion habe lange versucht, auf das Weiterbestehen der CUC hinzuwirken und sei daher froh, dass der Weg nun beschritten ist. Er halte die Kündigung des viel zu teuren Managements für sinnvoll und halte den neuen Geschäftsführer für einen Erfolgsgaranten. Das Wichtigste für den Erfolg der CUC sei die kürzlich erfolgte Wiedereröffnung des Europa-Saals. Er hoffe, dass nach drei Jahren eine Sanierung erfolgt und

sehe der Zukunft positiv entgegen.

Beigeordneter Ohl spricht von einem „Eiertanz“ und kritisiert, es sei kein Bekenntnis zur CUC und deren Geschäftsführer, diesem nur drei Jahre Zeit zu geben. Man lege dem Geschäftsführer Steine in den Weg. Er stimme Ratsherrn Dr. Hörstmann zu und bekenne sich klar zur CUC und deren Geschäftsführer. Eine Entscheidung für oder gegen die CUC müsse schnellstmöglich getroffen werden.

Ratsherr Zobel stimmt Beigeordnetem Ohl zu, es brauche eine klare Aussage. Die Probleme mit der CUC könnten nicht geleugnet werden. Zudem könne er die Euphorie hinsichtlich des Europa-Saals nicht nachvollziehen. Es handele sich lediglich um eine Ergänzungsmöglichkeit für einzelne Veranstaltungen und nicht um die Rettung der CUC. Die gestellten Anträge hätten ein Recht auf Beantwortung.

Beigeordneter Dr. Bischoff erklärt, die Anzahl der Anträge verdeutliche den hohen Stellenwert der CUC. Er glaube nicht, dass es jemanden im Rat der Stadt Celle gebe, der ernsthaft über eine Schließung der CUC nachdenke. Wenn die Verwaltung drei Jahre abwarten möchte, sei nichts dagegen einzuwenden. Es sei wichtig, zunächst Ruhe in das Thema zu bringen und den Geschäftsführer ins Handeln kommen zu lassen.

Bürgermeisterin Fiß merkt an, es gehe den Unabhängigen nicht um das Management, sondern um die Bausubstanz der CUC. Ihre Fraktion traue Herrn Thomsen die Aufgabe ohne Zweifel zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Falkenhagen erklärt Ratsherr Dr. Hörstmann, sein Antrag auf Einzelabstimmung betreffe alle gestellten Anträge. Beigeordneter Ohl teilt daraufhin mit, die Anträge ähnelten sich stark, es gebe viele Überschneidungen. Es sei zu kompliziert, die Anträge einzeln zur Diskussion zu stellen.

Anschließend wird der von Ratsherrn Dr. Hörstmann gestellte Antrag auf Einzelabstimmung mit fünf Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Danach beschließt der Rat bei sieben Gegenstimmen und drei Enthaltungen mehrheitlich wie folgt:

Die in der Vorlage genannten Anträge sind erledigt. Beschlussvorschläge und Prüfaufträge der letzten Jahre zur Congress Union (CUC) an die Verwaltung sind teils umgesetzt worden, bzw. haben sich durch die Entwicklung der Neuausrichtung der CUC zwischenzeitig erledigt. Diese werden im Einzelnen im Sachverhalt erläutert.

13 113. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle "Sonderbaufläche Photovoltaik Scheuen-östlich Hermannsburger Weg" - Feststellungsbeschluss

BV/0179/25

Ratsherr Trenkenschu teilt mit, die AfD-Fraktion werde nicht zustimmen. Es sprächen viele Gründe gegen die Stromproduktion mittels Photovoltaik-Anlagen. Auch auf Bundesebene gebe es Zweifel am eingeschlagenen Weg hinsichtlich der Energiewende. Bei Sonnenschein und Wind produzierten die Anlagen über 200 % des Energiebedarfs. Bei Dunkelheit müssten hingegen 99 % des Strombedarfs aus anderen Quellen gedeckt werden, was das Netz instabil mache. Ohne Speichermöglichkeit verstärke jede weitere Photovoltaik-Anlage das Problem. Eine Energiewende in diese Richtung stelle eine Sackgasse dar, die nie funktionieren werde.

Beigeordneter Ohl kritisiert, Herr Trenkenschu verwechsle Dinge miteinander und werfe anderen Ratsmitgliedern Ideologie vor, schwinge aber nun selbst die „Berliner Keule“.

Ratsherr Zobel kritisiert, die AfD leugne weiterhin den Klimawandel und verkenne die Realität, komme aber nicht für die dadurch entstehenden Schäden auf. Das von Ratsherrn Tren-

kenschu beschriebene Horror-Szenario gebe es nicht.

Anschließend beschließt der Rat mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung:

1. Über die vorgebrachten Anregungen zum Entwurf der 113. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle „Sonderbaufläche Photovoltaik Scheuen –östlich Hermannsbürger Weg“ sowie der zugehörigen Begründung wird entsprechend der in Anlage 1 zu dieser Vorlage enthaltenen Abwägungsvorschläge beschlossen.
2. Die 113. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle „Sonderbaufläche Photovoltaik Scheuen – östlich Hermannsbürger Weg“ sowie die zugehörige Begründung wird beschlossen (Feststellungsbeschluss).

14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 Sch "Solarpark Scheuen-östlich Hermannsbürger Weg" - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

BV/0180/25

Der Rat entscheidet mehrheitlich bei drei Gegenstimmen wie folgt:

1. Über die vorgebrachten Anregungen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 33 Sch „Solarpark Scheuen - östlich Hermannsbürger Weg“ sowie der zugehörigen Begründung wird entsprechend der in Anlage 1 zu dieser Vorlage enthaltenen Abwägungsvorschläge beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 33 Sch „Solarpark Scheuen - östlich Hermannsbürger Weg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Der dazugehörigen Begründung wird zugestimmt.

15 121. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle "Sonderbaufläche Tsellis" - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch

BV/0170/25

Ratsherr Taubenheim erklärt, es handele sich um eine sinnvolle Ergänzung und Erweiterung des historischen Rundwanderwegs „Auf den Spuren von Tsellis“, welche touristischen und museumspädagogischen Zwecken diene und viel Wissen vermitteln könne. Die Chance auf Fördermittel durch die Ausweisung von Flächen solle genutzt werden. Seine Fraktion werde zustimmen, er appelliere an alle Ratsmitglieder, dies ebenfalls zu tun. Sein besonderer Dank gelte der Verwaltung und dem Oberbürgermeister.

Beigeordneter Ohl stimmt Ratsherrn Taubenheim zu und ergänzt, dass in dieser Sache auch die Fördergemeinschaft Historisches Altencelle e.V. maßgeblich mitgewirkt habe. Es handele sich um ein positives Beispiel eines erfolgreichen Dreiklangs zwischen bürgerschaftlichem Engagement, Verwaltung und Politik.

Anschließend entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

Die Einleitung des Verfahrens zur 121. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle „Sonderbaufläche Tsellis“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**16 Bebauungsplan Nr. 185 Ace der Stadt Celle "Sondergebiet Tsellis"
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch**

BV/0169/25

Der Rat entscheidet einstimmig wie folgt:

Die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 185 Ace der Stadt Celle „Sondergebiet Tsellis“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

17 115. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Celle „Sonderbaufläche Hannoversche Heerstraße Süd“ – Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m § 1 Abs.8 BauGB

BV/0190/25

Der Rat entscheidet einstimmig wie folgt:

Die Aufhebung des Aufstellungsbeschluss zur 115. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Celle "Sonderbaufläche Hannoversche Heerstraße Süd" wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen.

18 Bebauungsplan Nr. 182 der Stadt Celle "Sonderverkehrsfläche an der 77er Straße" - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

BV/0060/25

Ratsfrau Thomsen erklärt, der Satzungsbeschluss würde eine gefährliche Entwicklung zementieren. Kinder hätten ein Recht auf einen sicheren Schulweg, weshalb eine höhere Anzahl von Autos direkt vor der Schule keine gute Idee sei. Es sei ein Skandal, dass ein entsprechendes Verkehrskonzept fehle. Darüber hinaus werde die Rettungswache durch die geplante Hol- und Bringzone aufs Spiel gesetzt und die tatsächliche Verkehrsbelastung werde verschwiegen. Schüler und auch das Klimaschutzkonzept seien gefährdet. Besser sei es, eine Fußgängerzone oder einen Mikrowald vor der Schule zu schaffen. Ihre Gruppe lehne daher die Vorlage ab und fordere die Erstellung eines Verkehrskonzeptes.

Ratsfrau Schult stellt fest, es gehe um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg. Die SPD-Fraktion lehne das Vorhaben entschieden ab. Es handele sich nicht um eine echte Hol- und Bringzone im Sinne der Verkehrssicherheit, sondern um Stellplätze für Elterntaxis. Der ADAC habe klare Empfehlungen für sichere Hol- und Bringzonen entwickelt. Demnach werde ein Mindestabstand von 250 Metern zur Schule empfohlen. Äußerst problematisch sei zudem die gefährliche Grundstückszufahrt zur Rettungswache. Kinder sollten selbstständig mobil werden und Selbstwirkung erfahren, was beispielsweise durch einen Schulbus auf Füßen umgesetzt werden könne. Dies würde neben einer Erhöhung der Sicherheit auch Kosteneinsparungen mit sich bringen. Etliche Menschen seien unzufrieden mit den Vorschlägen der Verwaltung zur Hol- und Bringzone. Es müsse ein Weg gefunden werden, der die berechtigten Sorgen der Anwohner ernstnimmt.

Ratsherr Trenkenschu teilt mit, die Katholische Grundschule werde von Schülern aus dem gesamten Landkreis Celle genutzt. Der Klimaschutz werde von den Grünen als Argument für alles genutzt, es gehe um den versteckten Kampf gegen Autos. Seine Fraktion halte das Vorhaben für sinnvoll sowie wichtig und werde der Vorlage zustimmen.

Beigeordneter Dr. Bischoff erklärt, in seinem Ortsteil bestimme das Thema Elterntaxis regelmäßig die Ortsratssitzungen. Es handele sich bei der geplanten Hol- und Bringzone um eine pragmatische Lösung. Die Eltern hätten heutzutage ein höheres Fürsorgebedürfnis für ihre Kinder und brächten diese nun mal mit dem Auto zur Schule. Zudem habe die Schule ein überregionales Einzugsgebiet. Es sei illusorisch zu glauben, dass Kinder aus dem Landkreis zu Fuß oder mit dem Bus zur Schule kommen.

Ratsherr Engelen teilt mit, die SPD lehne die Vorlage entschieden ab. Der zuständige Ortsrat Blumlage/Altstadt habe die Vorlage ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Vorhaben möge auf den ersten Blick harmlos wirken, sei jedoch in Wahrheit ein verkehrspolitischer Rückschritt. Besonders brisant sei die unmittelbare Nähe zur Rettungswache des Deutschen Roten Kreuzes. Die Kinder müssten genau die Ausfahrt queren, über die im Ernstfall Rettungsfahrzeuge ausrückten. Im Ortsteil sei der Wunsch geäußert worden, mehr Sicherheit vor der Schule zu schaffen. Es handele sich bei der betroffenen Fläche nicht nur um einen Parkplatz am Stadtrand, sondern um eine öffentliche Grünfläche, die asphaltiert werden solle. Dies sei mit dem Klimaschutz nicht vereinbar.

Ratsherr Schoeps merkt an, dass das kürzlich beschlossene Klimaschutzkonzept ein Parkverbot im direkten Umkreis von Schulen beinhalte, was Elterntaxis vermeiden solle. Es gebe zahlreiche andere Parkmöglichkeiten in den Nebenstraßen, die genutzt werden könnten. Zudem sei damit zu rechnen, dass durch die neue Hol- und Bringzone tumultartige Zustände auftreten und die Eltern um die vorhandenen Parkplätze kämpfen.

Beigeordneter Brammer erklärt mit Bezug auf die Aussagen des Ratsherrn Trenkenschu, die Kinder würden genauso wie bisher zur auch zur Schule gelangen. Es gehe lediglich um den Ort des Ausstiegs. Es werde kein Kampf gegen Autos geführt, sondern Sachpolitik für Menschen. Jeder Verkehrsteilnehmer ärgere sich über durch die Hol- und Bringzone entstehende Staus.

Beigeordneter Ohl berichtet, es habe im betroffenen Ortsrat eine Abstimmung zu der genannten Vorlage gegeben. Fünf Ortsratsmitglieder hätten gegen die Hol- und Bringzone gestimmt, lediglich zwei dafür. Er habe sich gewünscht, das Fakten geschaffen worden wären und kein weiteres Versuchsfeld. Das Mobilitätsverhalten junger Menschen habe sich geändert, viele seien in einem hohen Tempo mit E-Scootern unterwegs. Die Hostmannstraße sei bereits jetzt in den Morgenstunden hochfrequentiert. Es müsse auch an die Kinder der Blumläger Grundschule sowie an die Schüler der Burgstraße gedacht werden, die ebenfalls betroffen und durch die Hol- und Bringzone gefährdet wären. Der Rat sei für alle Bürger der Stadt zuständig. Er kritisiert zudem, dass es immer noch kein Verkehrskonzept gebe.

Oberbürgermeister Dr. Nigge erklärt, in den letzten acht Jahren sei zweimal eine Schulwegsicherheitsoffensive durchgeführt worden. Alle Betroffenen hätten in diesem Zusammenhang die Möglichkeit gehabt zu äußern, was für ihre Schule benötigt wird. Die zahlreichen Eingaben seien fast vollständig abgearbeitet worden. Das in der Beschlussvorlage genannte Vorhaben sei auch laut Polizei und Verkehrsexperten die beste Möglichkeit. Er gehe davon aus, dass sich Eltern ohnehin nicht an die vorgeschriebenen 250-Meter-Umkreis halten würden. Das dadurch vorhandene Staurisiko solle durch die geplante Hol- und Bringzone verhindert werden. Zudem müssten die Rettungswagen ohnehin vor der 77er-Straße halten. Das Risiko werde an dieser Stelle herbeigeredet.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Engelen erklärt der Oberbürgermeister, er habe während der Hochwassersituation 2023 mehrere Blaulichtfahrten miterlebt. Die Fahrzeuge müssten sich an der 77er-Straße in den Verkehr einfädeln und daher an der Ausfahrt halten.

Beigeordneter Ohl bittet die Verwaltung um Auskunft, wie die Sicherheit in der Hostmannstraße gewährleistet werden kann. Stadträtin Kuhls erklärt, dass dafür das Konzept umgesetzt werde, was für dieses Quartier geplant sei. Es würden Zonen eingerichtet werden, in welchen die Fahrradfahrer sicherer fahren könnten.

Ratsherr Dr. Hörstmann teilt mit, die Situation gehe am Kern des Problems vorbei. Jedes vierte Grundschulkind habe Übergewicht, mehr Bewegung sei daher absolut wünschenswert. Die Anfahrten bei dieser Grundschule seien jedoch extrem weit und es müsse dem Elternwunsch Rechnung getragen werden, auch wenn er sich selbst eine andere Lösung wünschen würde. Seine Fraktion werde daher zustimmen.

Anschließend entscheidet der Rat mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen und einer Enthaltung wie folgt:

1. Über die vorgebrachten Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 182 „Sonderverkehrsfläche an der 77er Straße“ sowie der zugehörigen Begründung wird entsprechend der in Anlage 1 zu dieser Vorlage enthaltenen Abwägungsvorschläge beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 182 „Sonderverkehrsfläche an der 77er Straße“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Der dazugehörigen Begründung wird zugestimmt.

19 Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Celle Nr. 38 "Gelände der ehemaligen Jugendherberge in Klein Hehlen" im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

BV/0107/25

Beigeordnete Aabenhausen erklärt, sie kritisiere das „Grünen-Bashing“, welches ihre Fraktion mittlerweile im Stadtrat erlebe. Sie halte dies für faktenfrei und wünsche sich eine Diskussion auf Sachebene. Darüber hinaus teilt sie mit, sie freue sich über den Einzug neuen Lebens auf dem ehemaligen Jugendherbergsgelände. Es sei positiv, dass dort ein Ort für barrierefreies Wohnen entstehe und gleichzeitig das alte Schul- bzw. Jugendherbergsgebäude erhalten bleibe. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Anwohnern und Investoren habe gut funktioniert, alle Beteiligten seien mit den Ergebnissen zufrieden. Es sei jedoch auch zu berücksichtigen, dass das ehemalige Jugendherbergsgelände nicht zum Dorfgebiet, sondern zum dörflichen Wohngebiet umgewandelt werde. Dieser Schritt dürfe nicht dazu führen, dass zukünftig Beschwerden über die angrenzende Viehhaltung eingehen. Auch dürfen keine Einschränkungen für die bäuerlichen Betriebe eintreten. Zudem müsse die Parksituation vor der ehemaligen Jugendherberge sensibel betrachtet werden, da ein Durchkommen von landwirtschaftlichen Maschinen weiterhin gewährleistet sein müsse. Sie schlage außerdem das „Hubergroup-Gelände“ als möglichen neuen Standort für die Jugendherberge vor.

Ratsherr Fuchs stimmt dem vollumfänglich zu. Besonders wichtig sei es, dass sich die geplante Wohnnutzung harmonisch in die dörfliche Umgebung einpasse und die Grundflächenzahl auf 0,4 festgelegt werde. Die Park- und Verkehrssituation müsse für Bewohner und Nachbarn einvernehmlich gelöst werden.

Danach entscheidet der Rat einstimmig wie folgt:

1. Dem Antrag des Vorhabenträgers Bauwerk Celle GmbH + Co. KG nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) zur Einleitung des Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 38 „Gelände der ehemaligen Jugendherberge in Klein Hehlen“ der Stadt Celle im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB wird zugestimmt und die Einleitung gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

2. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 164 der Stadt Celle "Gelände der ehemaligen Jugendherberge" wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen.

**20 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 78 "Wiesenstraße" der Stadt Celle
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)** **BV/0164/25**

Der Rat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

1. Die Einleitung des Verfahrens zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 der Stadt Celle im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Die Aufhebung des Beschlusses zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 31 „Einzelhandel Trüllerstraße“ wird beschlossen.

21 Bebauungsplan Nr. 32 Wce 5. Änderung der Stadt Celle "Gewerbegebiet Am Fuhsekanal" - Beschluss zur Einleitung des ergänzenden Verfahrens gemäß § 214 (4) Baugesetzbuch (BauGB) **BV/0186/25**

Der Rat beschließt einstimmig bei sechs Enthaltungen wie folgt:

Die Einleitung zur Durchführung des ergänzenden Verfahrens gemäß § 214 Abs. 4 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 32 Wce 5. Änderung wird beschlossen.

22 Mitteilungen der Verwaltung

22.1 Halbjahresbericht Schuldenmanagement zum 30.06.2025 **MV/0187/25**
Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

22.2 Halbjahresbericht Forderungsmanagement zum 30.06.2025 **MV/0188/25**
Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

22.3 Halbjahresbericht Finanzen zum 30.06.2025 **MV/0191/25**
Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

22.4 Bericht des Nds. Landesrechnungshofes über die überörtliche Prü- **MV/0216/25**

fung der Stadt Celle "Der demografische Wandel als Herausforderung für die kommunale Wohnungswirtschaft"

Der Rat nimmt die o. g. Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

23 Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Rates

23.1 Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Fraktion WG/ Die Partei "Anfragen zum Kriminalitätsschwerpunkt Heeseplatz" AN/0227/25-001

Die Anfrage wird über die Mitteilungsvorlage AN/0227/25-001 beantwortet.

24 Einbringung von Anfragen und Anträgen

24.1 Antrag der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Übertragung des Managements der städtischen Immobilien und der in städtischer Nutzung befindlichen Immobilien an die allerland Immobilien GmbH" AN/0160/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften
- im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus

vorberaten werden.

24.2 Antrag der SPD-Fraktion "Rückkauf des ehemaligen CJD-Geländes in Westercelle" AN/0162/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften
- im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus

vorberaten werden.

24.3 Antrag der SPD-Fraktion "Evaluation der Sportförderungsrichtlinien vom 01.01.2020"

AN/0163/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Sportausschuss

vorberaten werden.

24.4 Antrag der Gruppe Zukunft Celle "Vielfalt, Offenheit, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung in Celle - symbolische Darstellung durch Regenbögen auf Wegen, Plätzen und/oder Straßen"

AN/0198/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Kulturausschuss
- im Ausschuss für Soziales und Integration
- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste
- im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus

vorberaten werden.

24.5 Antrag der SPD-Fraktion "Übernahme weiterer Themen in die Neuaufstellung / Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Celle"

AN/0199/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften
- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste

vorberaten werden.

24.6 Antrag der Fraktion DIE UNABHÄNGIGEN "Umzug des Sportvereins SV Dicke Celle vom bisherigen Standort 77er Str. (Herrenwiese) zu den Flächen der Sportanlagen an der Nienburger Straße "

AN/0200/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften
- im Sportausschuss

vorberaten werden.

24.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Autofreier Samstag auf dem Großen Plan - probeweise Einführung"

AN/0203/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste

vorberaten werden.

24.8 Antrag der AfD-Fraktion "Anfrage zum Umbau der Kreuzung Wilhelm-Heinichen-Ring / Hannoversche Heerstraße"

AN/0219/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung
- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste

vorberaten werden.

24.9 Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt "Einführung einer regelmäßigen Abholung von Altkleidern durch den Abfallzweckverband"

AN/0220/25

Der Antragsteller erläutert, dass seit kurzer Zeit neue rechtliche Rahmenbedingungen vorliegen. Der Antrag werde daher zurückgezogen, angepasst und neu eingereicht.

24.1 Antrag der Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt und der SPD-Fraktion "Einführung einer Kulturförderabgabe in Höhe von 4 Euro pro Person/Nacht ab 18 Jahren, 2 Euro für Jugendherbergen und Campingplätze zum 01.04.2026"

AN/0221/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Kulturausschuss
- im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus
- im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung

vorberaten werden.

24.1 Antrag der Gruppe Zukunft Celle "Resolution des Rates der Stadt Celle für eine umfassende Würdigung des Arztes und Aufklärers Johann Friedrich Struensee (1737 bis 1772) im öffentlichen Raum der Stadt Celle"

AN/0222/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus
- im Kulturausschuss
- im Ausschuss für Klima, Umwelt, Verkehr und technische Dienste

vorberaten werden.

**24.1 Antrag der Gruppe Zukunft Celle "Neuer Standort für das Albrecht-
2 Thaer-Denkmal"**

AN/0223/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Liegenschaften
- im Kulturausschuss

vorberaten werden.

**24.1 Antrag der FDP-Fraktion "Konsequente Digitalisierung der Stadt-
3 verwaltung"**

AN/0226/25

Der Antragsteller erläutert kurz den eingebrachten Antrag. Dieser soll

- im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung

vorberaten werden.

**24.1 Anfrage gemäß § 16 Geschäftsordnung der Fraktion WG/ Die Partei
4 "Anfragen zum Kriminalitätsschwerpunkt Heeseplatz"**

AN/0227/25

Die Anfrage wurde heute über die Mitteilungsvorlage AN/0227/25-001 beantwortet (s. TOP 23.1).

Nachdem alle Anträge eingebracht wurden, beschließt der Rat einstimmig die o. g. Verweisungen in die Ausschüsse des Rates (siehe TOP 24.1 bis 24.13).

Im Anschluss gibt Ratsherr Dr. Bischoff eine persönliche Erklärung ab. Beigeordnete Abenhausen habe ihm in ihrem letzten Redebeitrag „Grünen-Bashing“ vorgeworfen. Er weise diesen Vorwurf mit Nachdruck zurück. Seine Fraktion müsse sich ebenfalls viel von der Fraktion der Grünen anhören und spreche dabei nicht von „Bashing“. Entscheidend sei, dass niemand persönlich beleidigt werde.

Vorsitz

Joachim Falkenhagen

Verwaltung

Dr. Jörg Nigge

Protokollführung

Lena Dominke